

Der Plettenberg und das Zementwerk in Dotternhausen

Ein Sachstandbericht

Der weltweit operierende Schweizer Baustoffkonzern Holcim hat im Jahre 2004 das frühere Zementwerk Rudolf Rohrbach in Dotternhausen übernommen und betreibt es seitdem fort. Holcim hat im Jahre 2014 mit dem französischen Konkurrenten Lafarge fusioniert.

Um diese Zementfabrik konzentrieren sich zur Zeit drei heftig umstrittene Umweltprobleme: die Erweiterung des Steinbruchs auf dem Plettenberg, die Müllverbrennung im Zementofen und die Nutzung des ebenfalls in der Nähe anstehenden Ölschiefers als Brennstoff.

Der Plettenberg ist nicht irgendein Hügel, sondern einer der drei Tausender und einer der Charakterberge der Schwäbischen Alb; er bestimmt die Kulisse des Albtraufs wesentlich mit. Diese Kulisse trägt aber. Der Plettenberg gleicht einem hohlen Zahn. Ausgehöhlt hat ihn im Laufe der Zeit das Zementwerk in Dotternhausen.

Holcim möchte den Steinbruch so weit wie möglich ausdehnen. Die Gemeindeverwaltung Dotternhausen und der Gemeinderat unterstützen diese Pläne energisch – einhellig, seitdem zwei kritisch eingestellte Gemeinderäte entnervt aufgegeben haben.

Diese Erweiterung schien zunächst eine Routineangelegenheit zu sein. Unerwartet heftigen Widerstand gab und gibt es jedoch von Seiten einer Bürgerinitiative. Ein Bürgerbegehren zu den ursprünglichen Plänen von Holcim und Gemeinde endete für diese überraschend mit einer Niederlage. Zwei weitere, sehr ähnliche Anträge wurden mit an den Haaren herbeigezogenen Argumenten als unzulässig abgewiesen.

Unlängst wurde nach längeren gerichtlichen Auseinandersetzungen ein neuer Pachtvertrag zwischen der Gemeinde und Holcim abgeschlossen, dessen wesentliche Inhalte allerdings vertraulich behandelt wurden.

Im Vorfeld dieser Entscheidung wurden das Landschaftsschutzgebiet auf der Hochfläche des Plettenbergs vom Landratsamt zum größten Teil aufgehoben und der Regionalplan im Sinne der Erweiterung des Steinbruchs geändert, und das, obwohl auf der Hochfläche mehrere geschützte Vögel, darunter die streng geschützte Heidelerche als Brutvogel, nachgewiesen wurden.

Der LNV versucht daher, wenigstens den kärglichen Rest der Hochfläche unter Naturschutz stellen zu lassen, damit eine weitere Ausdehnung des Steinbruchs wenn nicht unmöglich, so doch zumindest schwieriger wird. Unter anderen hat die Stadt Balingen angekündigt, diese Pläne zu unterstützen.

Allerdings geht die zur Zeit mögliche Erweiterung des Steinbruchs nicht so weit wie Holcims ursprüngliche Absichten. Dies wird, vor allem vom Landrat, als Entgegenkommen gegenüber den Bürgerinitiativen verkauft. Es liegt allerdings nahe, dieses Vorgehen als erste Scheibe einer Salamtaktik zu sehen. Zumindest lässt sich der Werksleiter von Holcim unwidersprochen folgendermaßen zitieren: „Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass wir mehr als 8,6 Hektar bekommen, das ist die Existenzgrundlage unseres Tuns“ (Zollern-Alb-Kurier, 16. Juni 2018). 8,6 Hektar sind der Umfang der aktuell geplanten Erweiterung, rund das Doppelte war gewünscht.

Ein Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung der Steinbruchserweiterung wurde dieser Tage eingereicht. Der LNV wird seinen Einfluss im Sinne des Naturschutzes geltend machen.

Das zweite Problem ist die Nutzung von bestimmten Abfällen als Brennstoff im Zementofen. Holcim stellte den Antrag, bis zu 100 Prozent (statt wie bisher 60 %) Abfälle als Brennstoff verwenden zu dürfen. Es liegt bei der immerhin möglichen Heizung mit 100 Prozent Müll nahe, auch die Abgasreinigung nach dem Stand der Technik für Müllverbrennungsanlagen zu verlangen. Im Prinzip schreibt dies die einschlägige Vorschrift, die 17. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (17. BImSchV), auch vor – aber sie enthält weitgehende Ausnahmeregelungen ausgerechnet für Zementwerke.

Holcims Antrag wurde vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt; diese Genehmigung nutzt die Spielräume der 17. BImSchV bis an die Grenze aus. Auch dagegen klagt der Vorsitzende der Bürgerinitiative, die sich inzwischen als Verein konstituiert hat. Die Klage liegt seit mehr als einem Jahr beim Verwaltungsgericht Sigmaringen. Dank eines Sofortvollzuges kann Holcim die Genehmigung nutzen und tut das auch. Selbst ein Sofortvollzug ist für das Gericht offenbar nichts wirklich Eiliges.

Die Klage der Initiative richtet sich vor allem dagegen, dass der Erteilung der Genehmigung keine Umweltverträglichkeitsprüfung vorausging, und gegen die Entstickungsanlage (Anlage zur Entfernung von Stickoxiden aus Abgasen) der Fabrik, die nicht dem Stand der Technik entspricht.

Zur Entstickung von Zementwerken gibt es ein katalytisches und ein nicht-katalytisches Verfahren, SCR bzw. SNCR genannt. SCR ist wirkungsvoller und in verschiedenen anderen Werken der Branche in Betrieb. SCR ist also Stand der Technik.

Die LAI (Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz, ein Gremium, in dem die Beteiligten Verwaltungen ihre Politik abstimmen) war auch dieser Ansicht. In letzter Minute wurde auf Drängen der Industrie in ein LAI-Papier eingefügt, unter bestimmten Voraussetzungen könne auch SNCR ausnahmsweise hingenommen werden, sofern die gültigen Grenzwerte eingehalten würden. Diese Ausnahme scheint zum Regelfall zu werden, auch wenn SCR noch leistungsfähiger wäre.

Holcim Dotternhausen betreibt eine SNCR-Anlage. Etwas Besseres hat die Firmenleitung bis zum Jahr 2025 versprochen.

Umweltminister Untersteller findet übrigens an alledem nichts auszusetzen. Zumindest äußerte er sich in einer Stellungnahme für die SWR-Sendung „Zur Sache Baden-Württemberg“ vor gut einem Jahr sehr positiv und vertrauensvoll.

Der dritte Punkt betrifft die Nutzung des Ölschiefers, der in der Nähe ansteht. Er wird einerseits als Brennstoff für das firmeneigene Kraftwerk verwendet; andererseits wird die Asche, der sogenannte „Gebrannte Ölschiefer“, als Zuschlag zu bestimmten Zementsorten vor Ort genutzt und sogar verkauft.

Diese Verbrennungsanlage verfügt über eine Entstaubung, eine unzureichende Entschwefelung und keine Entstickung. Allerdings hält sich die Firma selbst damit noch im Rahmen der unsäglichen Genehmigung des zuständigen Regierungspräsidiums Freiburg, die ihr erteilt wurde. Sie müsste dringend mit Hilfe einer „nachträglichen Anordnung“ verschärft werden.

Die kombinierten Emissionen (Zementofen und Ölschiefer-Verbrennung) des gesamten Zementwerkes Dotternhausen an Schwefeldioxid SO₂, Stickoxiden NO_x und Kohlenmonoxid CO sind extrem hoch. Es ist allerdings nicht ganz klar, wie hoch.

Die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) ermittelte für Industrie und Gewerbe der Gemeinde Dotternhausen, was weitestgehend mit Holcim gleichzusetzen ist, für das Jahr 2014 SO₂-Emissionen von 858 Tonnen; Holcim nennt 275 Tonnen (32 % des LUBW-Wertes). Für NO_x-Emissionen gibt die LUBW 1.185 Tonnen an, Holcim kommt auf 791 Tonnen (67 %). Die entsprechenden Zahlen für Kohlenmonoxid lauten 1.443 Tonnen (LUBW) und 1.396 Tonnen (Holcim, 97 %).

Das Jahr 2014 ist das letzte, für das die LUBW bisher Emissionszahlen veröffentlicht hat, und das einzige, für das sowohl offizielle Zahlen der LUBW als auch Angaben des Betreibers Holcim vorliegen. Die Genehmigungsbehörde hat die Zahlen der Firma und deren Erklärung für die gewaltigen Unterschiede akzeptiert, die LUBW anscheinend nicht. Jedenfalls hat sie ihre Zahlen bis heute (1. August 2018) nicht geändert.

Auch die (nach der 11. BImSchV erklärungsspflichtigen) Emissionen von Industrie und Gewerbe des gesamten Zollernalbkreises sind weitgehend mit denen von Holcim gleichzusetzen. Die Gemeinde Dotternhausen steuert im Bereich Industrie und Gewerbe bei SO₂ 99 %, bei NO_x 93 % und bei CO 96 % der Emissionen des Zollernalbkreises bei.

Nach den Zahlen der LUBW ist der Zollernalbkreis bei der Höhe der Emissionen im Bereich Industrie und Gewerbe landesweit bei Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid die Nummer vier und bei den Stickoxid-Emissionen die Nummer sechs aller Stadt- und Landkreise, jeweils nach den Städten bzw. Landkreisen mit den großen Kraftwerken (Mannheim, Karlsruhe, Heilbronn; bei den Stickoxiden auch nach Esslingen [Kraftwerk Altbach] und Ulm). Mit den Zahlen von Holcim liegt der Zollernalbkreis immer noch auf den Plätzen vier (CO), sechs (NO_x) und acht (SO₂). Recht stattlich für einen eher ländlichen Landkreis – und Grund genug, etwas dagegen zu tun.

Am Rande: Dieser Tage wurde die Zementfabrik Opterra in Wössingen bei Karlsruhe, die zwar keinen Ölschiefer verschwelt, die aber auch Abfälle verbrennt und deren Abgasreinigung auch nicht dem Stand der Technik entspricht, für den Landesumweltpreis für Unternehmen nominiert. Die Vertreter von LNV und BUND in der Jury konnten das nicht verhindern. Die wahren Vorreiter unter den Zementwerken dürften sich veralbert fühlen.

Rottenburg, den 01.08.2018

Prof. Dr. Wolfgang Faigle

Referent für Immissionsschutz, Abfallwirtschaft und Ressourcenmanagement beim LNV